

Robert Luft

Politischer Pluralismus und Nationalismus

Zu Parteienwesen und politischer Kultur in der tschechischen Nation vor dem Ersten Weltkrieg*

Politische Parteien bilden seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ein zentrales Element der politischen Kultur in Europa. Ihre Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit der Ausbildung konstitutioneller und parlamentarischer Staatsformen. Drei Begriffe können in diesem Zusammenhang unterschieden werden:

1. die einzelne Partei als freie Organisation, die durch Aufbau, personelle Zusammensetzung, Programme, Zielsetzungen und Aktivitäten charakterisierbar ist,
2. das Parteiensystem als eine zentrale politische Struktur in Staat und Gesellschaft, die über das parteipolitische Spektrum hinaus das inner- und außerparlamentarische Zusammenspiel der Parteien umfaßt, und
3. die politische Kultur als gesellschaftstypisches Konglomerat von sozialen, kulturellen und mentalen Merkmalen, die politisches Handeln von einzelnen, von verschiedenen Gruppen oder Parteien beeinflussen.

Sieht man von Philosophen wie David Hume oder Alexis de Tocqueville ab, so begann im 19. Jahrhundert die Parteienforschung mit den staatswissenschaftlichen Arbeiten von führenden Vertretern des deutschen Liberalismus

* Dieser Beitrag basiert auf Thesen, die auf Einladung des Historischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften in tschechischer Sprache am 22. Mai 1990 in Prag und am 11. Oktober 1990 in Brünn vorgetragen wurden. Auf Literaturhinweise zu den Klassikern der Parteienforschung und zu Studien zur neueren Parteiengeschichte wird hier weitgehend verzichtet. Die Geschichte des tschechischen Parteienwesens ist noch nicht geschrieben.

wie Robert von Mohl oder Johann Caspar Bluntschli. Ihr Bestreben war es vor allem, die moderne politische Partei als politisch-parlamentarisches Element zu etablieren und von der ständischen Parteienbildung des Ancien Régime abzugrenzen. Um 1900 brachten Sozialwissenschaftler neue Aspekte in die Parteienforschung. Mosei Ostrogorski und Robert Michels analysierten die Strukturen und Organisationsformen der neu entstandenen Massenparteien. Max Weber entwickelte damals seine berühmte Parteien-Typologie, die auch außerparlamentarische Parteien umfaßt, und legte den Grundstein für eine Erforschung der Parteiensysteme. In seiner Studie über „Politik als Beruf“ thematisierte er die Professionalisierung von Politik und beschrieb den Typus des Fachmanns „Berufspolitiker“.

Die moderne – oder besser neuzeitliche – politische Partei läßt sich seit Max Weber definieren als „extrakonstitutionelle, freiwillige Vereinigung zum Erwerb der Positionen politischer Herrschaft“.¹ Parteien sind somit auf mehr oder weniger freier Werbung beruhende Zusammenschlüsse, die innerhalb einer politischen Körperschaft (innerhalb eines Staates, eines Landes, einer Gemeinde) versuchen, Stellen im Herrschaftsapparat zu besetzen, um bestimmte ideelle oder materielle Ziele zu verwirklichen oder ihren Mitgliedern, Anhängern und Förderern Vorteile zu verschaffen. Dieser Parteienbegriff ist gegenüber ideologischen Ausrichtungen neutral und umfaßt unterschiedliche Organisationsformen. Die Definition läßt auch bewußt offen, in welcher Art und Weise, in welchem Grad und unter welchen Bedingungen eine derartige politische Vereinigung danach strebt, an der politischen Herrschaft zu partizipieren. Gleichgültig welche Programme, welche Weltanschauung, welche Ethik oder welche konkreten Ziele eine Partei verfolgt, ein Prinzip ihrer Existenz bleibt es, als nicht durch Verwandtschaftsbeziehungen oder Zwang konstituierte Gruppierung danach zu streben, auf Herrschaftspositionen und auf zentrale politische Entscheidungen mittels Personen Einfluß zu nehmen. Jede politische Partei versucht also, spezifische Interessen durchzusetzen, die aber nicht unbedingt mit dem Programm, dem propagierten Weltbild und den parteioffiziellen Normen, aber auch nicht mit den Eigeninteressen der führenden Parteipolitiker übereinstimmen müssen. Webers Parteienbegriff ist zwar nicht an die konstitutionelle und bürgerlich kon-

1 Max Weber, *Gesammelte Politische Schriften*, hg. v. Johannes Winckelmann, 2. Aufl., Tübingen 1958, 312–317. – Die Definition nach Rudolf Steininger, *Soziologische Theorie der politischen Parteien*, Frankfurt am Main u. New York 1984, 77.

zierte Gesellschaft gebunden, läßt sich vielmehr auch auf mittelalterliche und frühneuzeitliche sowie außereuropäische politische Gruppierungen anwenden, enthält jedoch mit den Bedingungen des freien Zusammenschlusses und des freien Werbens Elemente, die in den verfassungsorientierten bürgerlichen Gesellschaftsvorstellungen seit dem 19. Jahrhundert eine entscheidende Stellung einnehmen.

Die Einbindung von Parteien in das politische und gesellschaftliche System, in den Staat und seine Substrukturen, wird seit dem Zweiten Weltkrieg von Politikern wie Maurice Duverger, Stein Rokkan, Joseph La Palombara oder Seymour Martin Lipset aus verschiedenen Blickwinkeln intensiv untersucht. Im Mittelpunkt dieser Forschungen steht die Typologisierung von Parteien und Parteiensystemen sowie die Untersuchung der Wirkung verschiedener externer Faktoren auf beide. So wurde begonnen, die Zusammenhänge zwischen Parteienstruktur und Wahlrecht, Verfassungsform oder sozialen und kulturellen Strukturmerkmalen der Bevölkerung zu erforschen und im internationalen Rahmen zu vergleichen. Die meisten Studien konzentrierten sich dabei auf das westliche Europa, insbesondere auf Skandinavien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Belgien oder die Niederlande sowie auf die USA. Forschungen über die Geschichte der Parteien östlich der Oder und im Donauraum sind sehr selten. Charakteristisch für die historische Parteienforschung ist darüber hinaus, daß sie überwiegend von Politik- und Sozialwissenschaftlern, selten von Historikern betrieben wird, auch wenn die westdeutsche Geschichtswissenschaft zahlreiche bedeutende Werke aufweisen kann. Die Geschichtswissenschaft orientiert sich im Bereich der Politik noch immer stärker an verfassungsrechtlichen Aspekten und mißt die Parteien entweder an den Verfassungsnormen oder betrachtet sie als handelnde Subjekte der politischen Ereignisgeschichte. Nur selten greift die historische Parteienforschung strukturgeschichtliche Forschungsansätze unter Einbeziehung sozialgeschichtlicher und gruppenpsychologischer Fragestellungen auf, auch wenn evident ist, daß die politische Kultur einer Gesellschaft keineswegs immer den konstitutionellen Vorgaben entspricht.

Für den Bereich der Habsburgermonarchie trifft dies in besonderem Maße zu. Die Erforschung der Parteien dieses Raumes steht praktisch erst am Anfang. Für die deutschen Parteien der Monarchie gilt dies ebenso wie für die ungarischen, tschechischen, slowenischen, italienischen, polnischen, slowakischen oder ukrainischen. Hier ist ein Gebiet, das in naher Zukunft von Historikern in einem breit aufgefaßten Mitteleuropa in internationaler Zusammenarbeit stärker er-

forscht werden sollte. Dieses Forschungsgebiet ist vor allem deshalb so wichtig, weil die Geschichte der Parteien in Staaten, die nicht zu den Wegbereitern der parlamentarisch-demokratischen Entwicklung gehörten, in denen aber über mehrere Jahrzehnte hinweg durchgängig die rechtlichen und gesellschaftlichen Grundlagen für die Entstehung von Parteien gegeben waren, unsere Kenntnisse über das moderne Parteienwesen entscheidend bereichern können und für den heutigen Aufbau eines Parteienwesens im östlichen Mitteleuropa relevant werden könnten. Zudem könnte die Frage von nationalen Sonderwegen, wie sie seit langem ein Thema der internationalen Forschung ist, am Beispiel der Parteienentwicklung eines Vielvölkerstaates modifiziert und von ihrer apologetischen Brisanz befreit werden.

Im Gegensatz zum Russischen und Osmanischen Reich oder den damals jungen Balkanstaaten erfüllte allein die Habsburgermonarchie – vor allem der zisleithanische Teil – die notwendigen Bedingungen, um eine kontinuierliche Parteienentwicklung zu gewährleisten. Auch wenn der österreichische Konstitutionalismus seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts keineswegs dem Idealtypus entsprach, so garantierte das verfassungsrechtliche System seit 1861 konstante und verlässliche Rahmenbedingungen für parteipolitische und parlamentarische Tätigkeiten. Innerhalb des ostmitteleuropäischen Raums konnten nur im zisleithanischen Österreich starke politische Parteien entstehen und sich weiterentwickeln, da es nur hier zur Ausbildung einer soliden politischen Kultur kam, die weite Teile der Bevölkerung einbezog. Sowohl die Forscher aus den einzelnen Nachfolgestaaten wie aus anderen Ländern haben diesen Bereich bislang sträflich vernachlässigt. Ohne den Wert der Arbeiten von Adam Wandruszka, Otto Urban, Bruce Garver, Jiří Malíř und anderen schmälern zu wollen², muß festgestellt werden, daß zu den altösterreichischen Parteien,

2 Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und Bewegungen, in: Heinrich Benedikt, Hg., Geschichte der Republik Österreich, Wien 1954, 269–485 und 618–621; Otto Urban, Kapitalismus a česká společnost. K otázkám formování české společnosti v 19. století [Kapitalismus und tschech. Gesellschaft. Zur Frage der Formierung der tschechischen Gesellschaft im 19. Jahrhundert], Praha 1978; ders., Česká společnost 1848–1918 [Die tschechische Gesellschaft 1848–1918], Praha 1982; Bruce M. Garver, The Young Czech Party 1873–1901 and the Emergence of a Multi-Party System, New Haven u. London 1978; Jiří Malíř, Vývoj liberálního proudu české politiky na Moravě. Lidová strana na Moravě do roku 1909 [Die Entwicklung der liberalen Strömung der tschechischen Politik in Mähren. Die Volkspartei in Mähren bis 1909], Brno 1985; ders., Zu einigen Entwicklungszügen

zum Parteiensystem und zu der politischen Kultur der gesamten Donaumonarchie wie ihrer einzelnen Völker noch zahlreiche Detailstudien wie auch strukturelle Untersuchungen nötig sind, um die Zusammenhänge besser beurteilen zu können. Dieses Defizit bezieht sich auch auf die beiden sozial differenzierteren und am höchsten industrialisierten Völker der Monarchie, die Deutschen und die Tschechen.

Im folgenden sollen einige Bemerkungen zum tschechischen Parteiensystem und zur politischen Kultur der tschechischen Nation im späten 19. Jahrhundert gemacht werden, obwohl dies aus mehreren Gründen eine künstliche und unzulässige Eingrenzung bedeutet. Vor allem der notwendige Vergleich des tschechischen Parteienspektrums mit dem deutschösterreichischen, insbesondere mit dem der deutschen Parteien in den böhmischen Ländern, kann erst nach weiteren Vorarbeiten erfolgen. Auch ist die Beschränkung auf „nationale“ Parteien unzulässig, da in der Habsburgermonarchie auch Parteien bestanden, die keiner Nationalgesellschaft zuzuweisen sind. Hierbei ist in erster Linie nicht an die – sich zunehmend national aufspaltende – gesamtösterreichische Sozialdemokratische Arbeiterpartei gedacht, sondern vor allem an die sogenannten Adelparteien: an den Konservativen Großgrundbesitz, den Verfassungstreuen Großgrundbesitz und die Mährische Mittelpartei³ oder verschiedene konservative Gruppierungen – also an Parteien, die gerade in den drei böhmischen Ländern bis zum Zerfall der Monarchie eine große Rolle spielten, von den Historikern aber häufig vergessen werden, da sie nach dem Ersten Weltkrieg keine Nachfolger hatten.

Ähnlich wie bei anderen Völkern der Habsburgermonarchie stand auch die Entwicklung der tschechischen Parteien in einer engen Wechselbeziehung mit der Nationalbewegung. Indem die anfangs kulturell orientierte Nationalbewe-

der tschechischen liberalen Parteien vor 1914, in: Sborník prací filosofické fakulty Brněnské University C 35 (1988), 49–69; K dějinám českých politických stran v druhé polovině 19. a začátkem 20. století [Zur Geschichte der tschechischen politischen Parteien in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts] = AUC – Phil. et Hist. 3/1982 (Studia historica 25) Praha 1984; Gábor Erdödy, Hg., Das Parteienwesen Österreich-Ungarns, Budapest 1987.

3 Zu diesem Problemkreis Robert Luft, Die Mittelpartei des mährischen Großgrundbesitzes 1879 bis 1918. Zur Problematik des Ausgleichs in Mähren und Böhmen, in: Ferdinand Seibt, Hg., Die Chance der Verständigung. Absichten und Ansätze zu übernationaler Zusammenarbeit in den böhmischen Ländern 1848–1918, München 1987, 187–243.

gung in immer breiteren Bevölkerungsschichten das nationale Bewußtsein und Selbstwertgefühl weckte, trug sie allgemein zur Politisierung der Bevölkerung in den böhmischen Ländern bei. Andererseits förderten die zunehmende politische Partizipation und der ansteigende Bildungsgrad in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien das nationale Bewußtsein in breiteren Bevölkerungsschichten. Die Nationalitätenkämpfe zwischen Deutschen und Tschechen hatten stets auch politische Ursachen, wirkten aber zugleich auch wieder vielfältig auf die Parteien und ihre Politik zurück. Dem nationalen Element kam daher für alle Parteien eine besondere Bedeutung zu, zumal Nation und Staat sich in der Habsburgermonarchie nicht deckten.

Die tschechischen nationalen Interessen wurden bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts faktisch nur durch eine einzige politische Gruppierung präsentiert, die nach außen geschlossen auftrat und sich früh als Partei formierte: die Nationalpartei [Národní strana], auch alttschechische Partei [stáročeská strana] genannt. Sie entsprach dem klassischen Typ einer Honoratiorenpartei. Getragen vom Bildungsbürgertum, vor allem von Juristen und Professoren, bildete ihren organisatorischen Schwerpunkt ein Klub in Prag, später auch in Brünn und anderen Städten. Ihr Wirkungsfeld beschränkte sich auf die Publizistik und die Parlamente: auf den Wiener Reichsrat, den böhmischen und mährischen Landtag und die Stadtverordnetenversammlungen, vor allem auf den Prager Stadtrat. Die tschechische Gesellschaft als Ganzes diente der Partei meist nur als Legitimationsebene, weniger als politisches Tätigkeitsfeld. Die Parteiarbeit beschränkte sich auf die durch die Presse erreichbare Öffentlichkeit. Massenversammlungen, Straßendemonstrationen und politische Agitation in der breiten Bevölkerung waren als Politikformen noch nicht üblich.

Die Nationalpartei vertrat zwar bestimmte soziale und wirtschaftliche Interessen, im Mittelpunkt ihrer Parteipropaganda standen aber stets die „Bedürfnisse der Nation“, auch wenn diese nur selten eindeutig zu formulieren waren. Zentraler Programmpunkt war, die staatliche Struktur des Habsburgerreiches zu verändern, um die Stellung Böhmens bzw. der Tschechen zu verbessern. Jede politische Forderung wurde an diesem Maßstab gemessen. Von der Verwirklichung der nationalen Ansprüche versprachen sich die tschechischen Politiker und ihre Parteigänger den Beginn einer neuen und gerechteren Gesellschaft. Unbewußt wurde das gesamte politische Denken von der Vorstellung beherrscht, die nationale Gleichberechtigung werde automatisch alle anderen

gesellschaftlichen Fragen lösen, werde die vorhandenen sozialen, wirtschaftlichen und ethisch-moralischen Probleme entschärfen oder sogar ganz beseitigen.

Während deutsch-österreichische Honoratiorenparteien der Habsburgermonarchie sich seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts durch konservative oder liberale Gesellschaftskonzeptionen, durch unterschiedliche Positionen in Verfassungsfragen oder durch die Forderung nach Säkularisierung des Staates unterschieden und abgrenzten, mußte die tschechische Nationalpartei aufgrund der Nationalitätenverhältnisse versuchen, innerhalb der eigenen Nation all diese Gruppierungen und Strömungen zu umfassen und zu integrieren. Die nationale Idee bewirkte zwar einerseits eine Egalisierung und Demokratisierung der tschechischen Gesellschaft und politisierte breitere Volksschichten, beschränkte andererseits jedoch durch die Forderung nach nationaler Solidarität politisch jede kontroverse Diskussion. Durch diesen Zwang zum geschlossenen Auftreten nach außen wurde die Ausbildung unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Konzeptionen innerhalb der tschechischen Nationalbewegung lange verzögert, wenn nicht ganz verhindert.

Auch dem Streit zwischen den „Jungen“ und den „Alten“ in der tschechischen politischen Nationalbewegung, der in den siebziger Jahren zum Ausbruch kam und zur Bildung einer neuen Partei, der „Národní strana svobodomyšlná“ [Freisinnige Nationalpartei, auch jungtschechische Partei genannt], führte, lag in letzter Konsequenz nur eine generationsbedingte unterschiedliche Einschätzung über den richtigen Weg zur nationalen Selbstverwirklichung zugrunde und keine grundsätzlich divergierenden Gesellschaftsvorstellungen. Politische oder sozioökonomische Interessensunterschiede spielten bei dieser Polarisierung nur eine nachgeordnete Rolle. Die Jungtschechen konnten daher die Altschechen um 1890 auch sehr rasch verdrängen. Sie lösten die alte Nationalpartei übergangslos als „nationale Einheitspartei“ ab, ohne daß sich die politische Kultur in der Nationalbewegung veränderte. Diese Erfahrung und die Nation und Partei verbindende Sichtweise bestimmten das politische Denken der meisten jungtschechischen und einiger anderer bürgerlicher Politiker bis zum Ersten Weltkrieg, wenn nicht darüber hinaus.

Da fast bis zur Jahrhundertwende nur eine einzige tschechische Partei in den politischen Gremien (in den Gemeindeparlamenten, den Landtagen und im Reichsrat) vertreten war und diese Partei jeweils weitgehend die tschechische politische Öffentlichkeit und meist auch die Presse dominierte, wurden in der Nationalbewegung weltanschauliche oder gesellschaftspolitische Gegensätze

entpolitisiert und hinter das Primat des Nationalen zurückgedrängt. Die reale Benachteiligung und noch stärker die subjektiv empfundene Unterlegenheit oder Zweitrangigkeit der tschechischen Nation in der deutschsprachig geprägten Monarchie verstärkte die Tabuisierung innerer Gegensätze in der tschechischen Politik.

Dagegen erfolgte im Rahmen der Nationalbewegung die organisatorische Formierung vielfältiger kleiner, konkreter Interessensgruppen, deren Entstehung häufig durch das Abgrenzungsbedürfnis gegenüber deutschen oder gesamtstaatlichen Organisationen gefördert wurde. Die Altschechen und später die Jungtschechen verstanden sich dabei als politischer Arm des nationalen tschechischen Lebens, der allen Partialinteressen gerecht werden sollte. So waren beide Parteien aufgrund ihrer nationalen Konzeption und ihres Strebens nach Fortschritt und Veränderung liberal, im Streben, alle für die tschechische Nation und für Teilgruppen günstigen Bedingungen aufrecht zu erhalten, aber zugleich konservativ. Die Berufung auf Kollektivrechte im nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich relativierte stets die liberalen Postulate dieser Parteien.

Als nationale Einheitspartei wollte die Nationalpartei und später auch die Freisinnige Nationalpartei alle Schichten und Interessensgruppen umfassen, die innere nationale Integration fördern und zugleich die widersprechenden Anliegen all dieser Gruppen vertreten. Die Vielzahl der tschechischen Fachvereine, Gewerkschaften, Genossenschaften, Interessenorganisationen und sonstigen Zusammenschlüsse zeigt sich als beeindruckend dichtes Netz. Die Vereine und Verbände waren aber meist kleine, regional oder sachlich eng abgegrenzte, unpolitische Gruppierungen, die nur sehr partielle Interessen vertraten.

Das bisher Gesagte bezog sich auf die tschechische Nationalbewegung, gilt jedoch auch für die beiden anderen politischen Traditionslinien, die in der Gesellschaft der böhmischen Länder spätestens seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts bestanden: die sozialistische Arbeiterbewegung und den politischen Katholizismus. Beide Richtungen waren zu Beginn ihrer Entstehung keine rein tschechischen Strömungen oder Organisationen, auch wenn sie sich zunehmend nationalisierten und spätestens in den neunziger Jahren eindeutig nationale Organisationen aufbauten. Beide stellten bis zum Ende der Monarchie andere als nationale Themen in den Vordergrund ihrer Politik: die Klassenfrage bzw. die kirchlich-religiöse Autorität, verbunden mit entsprechenden Lebens- und Bewußtseinsformen. Beide Richtungen bildeten bedeutend später als die

Nationalbewegung Parteiorganisationen aus, sodaß ihre politische Wirkung – vor allem auf der parlamentarischen Ebene – erst seit den neunziger Jahren zum Tragen kam. Beide ideologisch bestimmten Bewegungen bauten aber sehr rasch ein dichtes Netz mitgliederstarker Verbände auf und überholten um 1900 in organisatorischer Hinsicht die bürgerliche Nationalbewegung. Gleichzeitig näherten sich beide Bewegungen den nationalen Positionen an, was vermutlich unter anderem durch die ähnliche Herkunft und Sozialstruktur ihrer Führungsschichten, dominiert von Akademikern, insbesondere von Juristen, bedingt war.

Bis zur Jahrhundertwende war die tschechische Gesellschaft in drei große politische Lager unterteilt, die unabhängig von den Formen und der Anzahl der entstandenen Parteien jeweils durch ein bestimmtes soziomoralisches Milieu⁴ gekennzeichnet waren: das bürgerlich nationale oder bürgerlich „liberale“ Lager⁵, das sozialdemokratische Lager und das katholische Lager. Ein Lager konnte seinen politischen Ausdruck in einer einzigen Partei finden, z.B. die Sozialdemokratie, oder konnte mehrere Parteien umfassen. Allgemein bedeutet die Entstehung politischer Lager eine schrittweise Aufteilung aller nichtpolitischen Bereiche einer Gesellschaft. Die Vernetzung politikferner Bereiche mit den Lagern wurde so zu einem Charakteristikum der tschechischen politischen Nation im späten 19. Jahrhundert. Exemplarisch sei nur auf die Sport- und Turnerbewegung verwiesen, die sich in den bürgerlich-nationalen Verband „Sokol“ (dt.: Falke, gegr. 1862), die tschechisch-sozialdemokratische D.T.J. (Dělnická tělocvičných Jednota, dt.: Arbeiterturnverband, gegr. 1897) und den tschechisch-katholischen Verband Orel (dt.: Adler, gegr. 1909) aufgliederten. Diese parteipolitische Sonderung erfolgte – häufig durch Abspaltungen – auch bei Gewerkschaften, Sparkassenverbänden, Wohnbaugenossenschaften, Frauen- und

4 Zum Begriff „sozial-moralisches Milieu“ vgl. M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel u.a., Hg., Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag für Friedrich Lüdte, Stuttgart 1966, 371–393; Gerhard A. Ritter, Die deutschen Parteien 1830–1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985, 49–51.

5 Im Tschechischen ergibt sich hier – wie bei einigen politologischen Termini – ein Übersetzungsproblem. Für den soziologisch verstandenen Begriff „bürgerlich“ gibt es kein wirkliches Äquivalent; andere Bedeutungsinhalte haben die tschechischen Formen „měst'anský“ (ständisch stadtbürgerlich), „občanský“ (staatsbürgerlich) und buržoazní“ (wirtschaftsbürgerlich, eher pejorativ).

Jugendvereinen, Bildungsvereinen und anderen Organisationen, so daß jedes Lager seine eigene soziale Infrastruktur aufbaute.

Im Prinzip konnte jeder Tscheche, gleichgültig welche Stellung er hatte und welchen Beruf er ausübte, zusammen mit seiner Familie sein ganzes Leben von der Geburt bis zum Tode in einer Welt von unpolitischen Organisationen eines Lagers verbringen, ohne direkt Mitglied einer Partei zu sein. Auch die vom Wahlrecht ausgeschlossenen Frauen und Jugendlichen unter 21 Jahren wurden auf diese Weise schon indirekt an Parteien gebunden. Durch die alltäglichen Lebensbedingungen gehörte fast jeder Tscheche und jede Tschechin einem bestimmten sozialen und kulturellen Milieu an, das lager-, wenn nicht sogar parteispezifisch war. Der einzelne hatte in der Praxis jedoch kaum Wahlmöglichkeiten. Die ökonomische, kulturelle und gesellschaftliche Prägung durch Herkunft und Lebensumfeld bestimmten in der Regel die Zugehörigkeit zu einem Lager und damit meist auch die Sympathie für eine Partei.

Diese starke Durchdringung des gesamten gesellschaftlichen Lebens durch Parteien oder Parteiengruppen, in der neueren Forschung „Versäulungsprozeß“ genannt⁶, war für die Habsburgermonarchie typisch und bestimmte das Parteiensystem von Deutschen wie von Tschechen. Eine derartig politisch versäulte Gesellschaft ist durch die fast völlige Segmentierung aller gesellschaftlichen Bereiche nach politischen Lagern gekennzeichnet. Weitere Merkmale sind die fast unveränderte Konstanz der Lager, eine geringe Fluktuation der Anhänger oder Eingebundenen sowie feste Bündnisstrukturen zwischen Parteien und nichtpolitischen Organisationen. Charakteristisch ist darüber hinaus die Lösung politischer Fragen auf dem Proporzwege zwischen den Parteien bzw. politischen Lagern. Exemplarisch läßt sich die Versäulung einer Gesellschaft an der Ersten Österreichischen Republik studieren, aber auch die tschechische Gesellschaft vor und nach 1918 war von ihr stärker bestimmt als allgemein angenommen wird.⁷

6 Zum Begriff „Versäulung“ und zur Frage politischer Proporzsysteme Rudolf Steininger, *Polarisierung und Integration. Eine vergleichende Untersuchung der strukturellen Versäulung der Gesellschaft in den Niederlanden und in Österreich*, Meisenheim am Glan 1975; Hans Righart, *Das Entstehen der katholischen Versäulung in Österreich 1887–1907*, in: *Zeitgeschichte* 11 (1983/84), 69–87; Gerhard Lehbruch, *Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich*, Tübingen 1967.

7 Darauf weist vor allem hin Peter Heumos, *Konfliktregelung und soziale Integration. Zur Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik*, in: *Bohemia* 30 (1989), 52–70.

Doch anders als bei den Deutschen Österreichs erweiterte sich nach 1900 in der tschechischen Nation das Schema der politischen Lager von drei auf fünf. Neu hinzu kam das agrarische Lager und das national-soziale Lager. Dieser Vorgang erfolgte in Böhmen ausgeprägter und schneller als in Mähren, wo es nur allmählich zur Entstehung von vier Lagern kam. Die Ausbildung der beiden zusätzlichen politischen Lager unter den böhmischen Tschechen war ein Prozeß, der im Zusammenhang mit der Differenzierung des gesamten Parteienspektrums erfolgte, jedoch eine andere Dimension hatte. Die Aufspaltung des bürgerlich nationalen Lagers und des katholischen Lagers in mehrere Parteien muß von der Abspaltung der agrarisch-ländlichen Schichten und der kleinbürgerlich-städtischen Schichten von der Nationalbewegung bzw. der Sozialdemokratie unterschieden werden.

Um 1889 hatte in der tschechischen Gesellschaft eine Phase von Parteigründungen begonnen, die – mit der Spaltung der Sozialdemokratie – nach gut zwanzig Jahren um 1911 ihren Abschluß fand. Vor allem aus den Reihen der Nationalbewegung entstanden einige immer radikalere und national kompromißlosere Splitter- und Kleinstparteien der Intelligenz. Neben den Parteien der Radikal-Fortschrittlichen, der Staatsrechtler, der Gewerbetreibenden und der Realisten um Masaryk konkurrierten Alt- und Jungtschechen in diesem Lager um Anhänger und Wählerstimmen, ohne die gemeinsame Infrastruktur nichtpolitischer Organisationen zu zerstören. Schwierigkeiten hatte auch das katholische Lager in Böhmen (anders als in Mähren), wo die verschiedenen sozialreformerischen und konservativen Kreise nur zeitweise in der Partei des katholischen Volkes vereinigt werden konnten, überwiegend aber sich in mehreren Parteien formierten. Bis zu den ersten allgemeinen und gleichen Reichsratswahlen von 1907 war damit in der tschechischen Gesellschaft ein differenziertes Parteienspektrum von mehr als zehn eigenständigen Parteien entstanden, das trotz einiger Zusammenschlüsse in dieser Vielfalt bis in die Kriegsjahre erhalten blieb.

Entscheidend war jedoch die Struktur der politischen Lager. Während die Sozialdemokraten und – zumindest in Mähren – das katholische Lager geschlossene Massenparteien aufzubauen vermochten, scheiterte die Konzeption einer starken allnationalen Partei im Rahmen der bürgerlichen Nationalbewegung, auch wenn viele Politiker von Kramář bis Masaryk dies immer wieder anstrebten. Dagegen gingen aus zwei sozioökonomischen Milieus, die bis zur Jahrhundertwende die Nationalbewegung unterstützt hatten, Massenparteien hervor.

Sowohl die Agrarpartei wie die National-Soziale Partei schufen relativ schnell ein umfangreiches und eigenständiges Netz von Parteiorganisationen und parteinahen Vereinigungen; kurz, sie entwickelten sich zu politischen Lagern mit eigenen Umfeldorganisationen. Zwar schufen die Agrarier und die National-Sozialen vor dem Ersten Weltkrieg keine eigenen Sportverbände, sondern blieben zusammen mit den Parteien der bürgerlichen Nationalbewegung weiter im Sokol integriert, doch lassen sich auf vielen anderen Gebieten von Studenten- und Bildungsvereinen über Genossenschaften und Berufsverbände bis hin zur Presse eindeutig die Strukturen einer eigenen abgeschlossenen politischen Kultur, einer eigenen Säule, feststellen.

Wesentlichen Einfluß auf diese besondere Versäulungsstruktur hatte die nationale Frage. Für die National-Sozialen genügte die Nationalitätenpolitik der Sozialdemokratie nicht den mentalen und ökonomischen Sicherheitsbedürfnissen des Kleinbürgertums, und die Agrarier lehnten die Unterordnung ihrer Wirtschaftsinteressen unter eine von städtischen akademischen Schichten bestimmte Nationalpolitik ab und setzten andere Prioritäten in der Hierarchie der nationalen Ziele. Die traditionell wichtigsten und umfangreichsten Schichten der tschechischen Nation, das Kleinbürgertum und das Bauerntum, suchten in den neuen Lagerbildungen ihre politische und soziokulturelle Identität. Vor allem in der Metropole Prag bestand zwischen der potentiell gemischtnationalen proletarischen Bewegung und dem akademisch gebildeten tschechischen Bürgertum das Bedürfnis nach einer eigenen politisch-kulturellen Struktur. Das national-soziale Lager, welches das schwächste der fünf politischen Lager war, läßt sich daher am besten in Prag und in Pilsen nachweisen, weniger auf dem Lande, in Südböhmen oder in Mähren.

Die ungewöhnlich starke und selbstbewußte Stellung der tschechischen Bauern, die sich sowohl gegenüber der Stadt wie gegenüber den oft adeligen Großgrundbesitzern äußerte, war die Grundlage für eine erfolgreiche eigenständige tschechische Agrarbewegung. Der Einfluß der wirtschaftlichen Modernisierung der Landwirtschaft, die Nationalbewegung und der Liberalismus stärkten die Politisierung des flachen Landes und verhinderte zugleich, daß die tschechischen Bauern von einer katholischen oder konservativen Partei in ähnlichem Maße eingebunden wurden wie in anderen Teilen der Monarchie. Im Gegensatz zur Entwicklung in vielen deutschen und österreichischen Ländern gelang es der tschechischen katholischen Bewegung nur in Südböhmen und teilweise in Mähren, die Landbevölkerung in ihre Versäulungsstruktur einzu-

beziehen. Aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs der Landwirtschaft seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts nahm der Agrarsektor bei der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierung der tschechischen Nation eine Schlüsselstellung ein, so daß der Gegensatz von gewerblich-industriellem und agrarischem Bereich in den böhmischen Ländern nicht mit Kategorienpaaren wie „modern“ – „traditionell“ oder „fortschrittlich“ – „konservativ“ kongruent war. Auf ökonomische Liberalität, persönliche Freiheiten und staatsrechtliche Veränderungen ausgerichtet und vom oft konservativ geprägten Adel getrennt, entstand eine mehr oder weniger säkulare, eigenständige soziopolitische Kultur des Landes [venkov], die sich mit eigenen Traditionen, Kommunikationsformen und Identifikationsobjekten in selbstbewußter Abgrenzung zur städtischen Kultur organisierte.⁸ Das agrarische Zusammengehörigkeitsgefühl auf dem „tschechischen Lande“ fand in der Parole des Parteiführers der Agrarpartei, Antonín Švehla, „Venkov – jedna rodina“ [Das Land – eine Familie] nach 1907 ihren markantesten Ausdruck.

Die hier kurz charakterisierten fünf politischen Lager und die etwas mehr als zehn tschechischen Parteien bestimmten in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg die politische Kultur der tschechischen Nation. Es bleibt zu fragen: Welchen Einfluß hatten Lagerbildung und Parteienspektrum auf die tschechische politische Kultur? Welche Besonderheiten des politischen Handelns und Taktierens in der tschechischen Gesellschaft folgten daraus für das Jahrzehnt zwischen 1905 und 1914? Dazu kurz fünf Thesen.

1. Das tschechische Parteiensystem war nicht maßgeblich von ideologischen und programmatischen Gegensätzen bestimmt, sondern von soziokulturellen Milieus sowie von mentalen und sozioökonomischen Sphären. Die politische Versäulung trennte in allen Gesellschaftsbereichen drei bis fünf Lager von einander: das bürgerlich-nationale Lager, in dem akademisch gebildete, städtische Schichten dominierten; das ebenfalls städtische, aber mehr kleinbürgerliche oder halbproletarische national-soziale Lager; das agrarische Lager, das bürgerliche Schichten der Landstädte einschloß, sowie das sozialdemokratische Lager und das katholische Lager, die beide in Stadt und Land wurzelten, auch wenn das erste eher städtisch, das zweite mehr ländlich orientiert war. Trotz verschiedener sozialer Gewichtungen entsprach die Stellung der einzelnen Lager

8 Monika Glettler, Stadt und Land. Bemerkungen zur vergleichenden Regionalgeschichte im Zeitalter der Industrialisierung, in: ÖOH 27 (1985), 476–491, insb. 487.

zueinander keiner gesellschaftlichen Hierarchie; sie bildete eher ein horizontales Pentagon als eine vertikale Struktur. So kam es zu Überschneidungen von Interessensphären, was die Zusammenarbeit zwischen politischen Parteien verschiedener Lager erleichtern, zugleich aber auch die Parteienkonkurrenz verschärfen konnte und andere als interessenorientierte Bindungen zwischen Partei und Anhängerschaft notwendig machte.

2. Die Vielfalt der Parteien wurde, wie unter anderem die Wahlbündnisse auf Reichsebene zeigen, durch die übergeordnete Struktur der fünf Lager reduziert. Selbst wenn mehrere Parteien eines Lagers in einem Wahlkreis gegeneinander antraten, waren in keinem Wahlkreis bei Landtags- oder Reichsratswahlen mehr als sechs tschechische Kandidaten vertreten. Die politische Landschaft und das gesellschaftliche Leben wurden weniger von den Parteiorganisationen als von der (partei)politischen Aufteilung von nichtpolitischen Vereinen und Verbänden bestimmt. Auch die Erfolge von parteiunabhängigen Mandatsbewerbern zeigen, daß das Wahlverhalten im allgemeinen lagergebunden war. Der Ausgang der Wahlen wurde bei den Tschechen daher nicht durch Wechselwähler, sondern meist durch Wahlenthaltungen und die Wahlabsprachen zwischen Parteien verschiedener Lager entschieden.

3. Das hohe Niveau des Vereinswesens in den böhmischen Ländern, das gemeinhin als Indikator großer politischer Partizipation und als Grundlage des Demokratisierungsprozesses angesehen wird, wurde in seiner Wirkung durch die politische Segmentierung der gesamten Gesellschaft relativiert. Kennzeichnend war dabei die Abhängigkeit der nichtpolitischen Organisationen von den politischen Führungsgruppen. Nicht die Interessenverbände beeinflussten die Parteien, sondern die Parteien prägten die Vereine. Anders als im Deutschen Reich, wo sich starke parteiunabhängige Verbände durch Konzentration, organisatorische Straffung und gezielte Agitation wirkungsvoll in die „Große Politik“ einschalteten und die Parteien beeinflussten⁹, waren die tschechischen Organisationen meist von einer Partei beherrscht. Das nichtpolitische Vereinswesen bildete den Boden für die politische Agitation der Parteipolitiker und weniger die Ausgangsbasis für politische Forderungen und Innovationen.

⁹ Vgl. u.a. Thomas Nipperdey, *Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 2 (1961), 262–280; Hans-Jürgen Puhle, *Parlament, Parteien und Interessenverbände 1890–1914*, in: Michael Stürmer, Hg., *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918*, Düsseldorf 1970, 340–377; Heinz Josef Varain, Hg., *Interessenverbände in Deutschland*, Köln 1973.

Die lagermäßige Segmentierung und die starke Bindung vieler Vereine an Parteien und ihre Führungspersonen beschränkten die Aktivierung politischer Ansprüche und Forderungen von unten sowie die gesellschaftspolitische Flexibilität und Fluktuation. Durch diese Konstellationen wurde die Ebene politisch gesellschaftlicher Konzeptionen mittlerer Reichweite, um einen Begriff des Soziologen Robert K. Merton aufzugreifen, also Programmziele, die zwischen der Ebene der gesamtnationalen Forderungen und dem Bereich der Partialinteressen liegen, weder von den Verbänden noch von den Parteien abgedeckt.

4. Die Fortentwicklung von Demokratie und politischer Kultur wurde durch die Dominanz des kollektiven Denkens und die Tabuisierung bzw. Überhöhung des „Nationalen“ gebremst. Die tschechische politische Gesellschaft war vor 1914 zwar parteipolitisch segmentiert, aber nicht pluralistisch. Interessenausgleich und Konfliktregelungen erfolgten zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen auf zwei Wegen: entweder gelang es einer Gruppe, ihre Position unter Berufung auf nationale Interessen und durch den Appell an die nationale Solidarität durchzusetzen, oder es wurde auf der Ebene der Partialinteressen ein Ausgleich gefunden. Dies machte die Stärke wie die Schwäche der zahlreichen nationalen Dachverbände von der „Národní rada česká“ über den „Český klub“ im Reichsrat bis hin zu den Neoslawischen Kongressen aus. Das Gewicht national einheitlichen Auftretens wurde meist entweder durch die Unverbindlichkeit oder durch die Spezifität der gemeinsam gefaßten Beschlüsse kompensiert. Außerdem war die Bereitschaft von Minderheiten, eine Mehrheitsentscheidung ohne Gegenleistung und anderweitige Entschädigung zu akzeptieren, gering und wurde durch die beschriebenen parteipolitischen Strukturen und die nationalen Rahmenbedingungen weiter geschwächt. Unterhalb der Ebene der nationalen Schicksals- bzw. Zwangsgemeinschaft mangelte es an längerfristiger parteipolitischer Bündnisfähigkeit. Aufgrund der gesamten Herrschaftsstruktur der Donaumonarchie bestand für die tschechischen Parteien zudem keine Notwendigkeit, mittelfristige und tragfähige politische Konzeptionen auszuarbeiten. Die Parteien entzogen sich dem Konflikt zwischen interessengebundenen Programmen und den „nationalen“ Ansprüchen, die häufig defensiv, teilweise auch utopisch waren. Politische Konflikte innerhalb der tschechischen Gesellschaft wurden aus diesen Gründen häufig personalisiert und moralisiert, wie die Bedeutung von Skandalen in der damaligen Politik beweist.¹⁰

10 Am bedeutendsten ist die Šviha-Affäre der National-Sozialen Partei vom Frühjahr 1914.

5. Schließlich führte die Dominanz der nationalen Ideologie, die Fortschritt und Moderne allgemein mit nationaler Emanzipation, mit der angestrebten Änderung der verfassungsrechtlichen und nationalpolitischen Stellung der Tschechen identifizierte, im tschechischen politischen Denken zu einem Mangel an Konservatismus. Die nicht erreichte nationale Eigenständigkeit machte es auch den politischen Gruppierungen, die beispielsweise die bestehenden Gesellschaftsstrukturen bewahren wollten oder zu „reineren“ Formen zurückkehren wollten, unmöglich, ein definitiv konservatives Programm zu formulieren und zu vertreten. Das Element des Fortschritts war daher ein Signum der tschechischen politischen Kultur, die in Wirklichkeit jedoch seit 1900 eher statisch war. Entgegen dem ideologischen Anspruch wurde das politische System von Versäulung und Proporz nicht weiterentwickelt und erst recht nicht überwunden. Der politische Diskurs zwischen konservativen und fortschrittlichen Positionen konnte sich daher in den verschiedenen soziopolitischen Bereichen nicht so entfalten wie in anderen Gesellschaften.¹¹

Trotz dieser kritischen Bewertung muß festgehalten werden, daß die politischen Erfahrungen, die politisch-parlamentarische Schulung einer vielfältigen tschechischen Führungsschicht sowie die differenzierte parteipolitische Struktur der tschechischen Gesellschaft in den letzten Jahren der Habsburgermonarchie wesentliche Voraussetzungen für die erfolgreiche Gründung der Tschechoslowakischen Republik und für deren republikanisch-demokratische Gestaltung waren.

Ähnlich gelagerte politische Skandale betrafen aber alle anderen größeren Parteien: so 1909 den agrarischen Abgeordneten Rudolf Bergman und 1908 den Prager jungtschechischen Politiker Karel Černohorský. Zu letzterem Robert Luft, Ökonomie und Frankophilie im tschechisch-deutschen Nationalitätenstreit. Der Skandal um die Prager Wasserleitung im Jahr 1908, in: Ferdinand Seibt u. Michael Neumüller, Hg., Frankreich und die böhmischen Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Beiträge zum französischen Einfluß in Ostmitteleuropa, München 1990, 139–164.

11 Hans Lemberg, Die tschechischen Konservativen 1918–1938, in: Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik, München u. Wien 1969, 113–131; ders., Die Rolle der Konservativen in den nationalen Bewegungen, in: Ferdinand Seibt, Hg., Die böhmischen Länder zwischen Ost und West. Festschrift für Karl Bosl zum 75. Geburtstag, München u. Wien 1983, 215–227; Oswald Kostrba-Skalicky, Die tschechischen Konservativen – Mentalität und Politik, in: Karl Bosl, Hg., Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik, München u. Wien 1975, 171–184.